

PHARMA- BRIEF 7/83

BUKO PHARMA-KAMPAGNE



DIE VEREINTEN NATIONEN

NEHMEN DEN KAMPF GEGEN GEFÄHRLICHE EXPORTE AUF

Mit der Verabschiedung der Resolution 37/137 kurz vor Weihnachten 1982 versuchen die Vereinten Nationen den unverantwortlichen Export von gefährlichen, verbotenen oder stark anwendungsbeschränkten Chemieprodukten zu bekämpfen. "Wir müssen diese Unternehmen hindern, Versuchskaninchen aus uns zu machen", sagte der Vertreter Venezuelas Enrique Ter Horst, einem Land, das diese Resolution angeregt hatte.

Die Umsetzung dieser Resolution könnte zehntausende von Menschenleben retten, indem sie die Menschen vor den Gefahren schlechter und gefährlicher Chemieprodukte warnt. Wenn die Resolution umgesetzt wird, zwingt sie den internationalen Konzernen mehr Verantwortlichkeit für die Anwendung ihrer Produkte auf.

Das Abstimmungsergebnis war dann auch unerwartet: 146 Länder stimmten für die Resolution (darunter auch die Bundesrepublik) und nur ein Land dagegen (USA).

Trotz des langen Titels "Schutz vor Produkten, die schädlich für die Gesundheit und die Umwelt sind" ist die Resolution 37/137 eine eindeutige Sache. Sie verlangt vor allem:

- * daß Produkte, die im Herstellungsland wegen ihrer potentiellen Gefährlichkeit verboten sind, nur noch auf ausdrückliches Verlangen des Importlandes exportiert werden dürfen oder wenn der Verkauf oder Gebrauch solcher Produkte im Importland ausdrücklich gestattet ist;
- * daß das Exportland für Produkte, die im Herstellungsland starken Beschränkungen unterliegen oder nicht zugelassen sind, vollständige Informationen verfügbar macht;
- * daß die Vereinten Nationen eine öffentlich verfügbare Liste von Produkten, deren Verkauf oder Gebrauch verboten oder stark beschränkt ist, erstellen. Diese Liste soll die betroffenen Markennamen ebenso enthalten wie die chemische Bezeichnung und die Namen aller Hersteller. Ebenso sollen die Gründe für das Verbot, die Anwendungsbeschränkung oder den Rückzug der Produkte angegeben werden. Die Liste soll regelmäßig aktualisiert werden.

Dieser letzte Punkt enthält die weitestgehenden Forderungen. Nie zuvor hat eine internationale Behörde verlangt, daß die Namen der Hersteller und die Gründe für das Verbot oder die Beschränkung ihrer Produkte öffentlich gemacht werden müssen.

Bis heute gibt es kaum Regeln für Exporte in die Dritte Welt. 1978 waren 30% der Pestizide, die aus den USA exportiert wurden, für den Gebrauch im Herstellungsland nicht zugelassen. Gefährliche Medikamente, die im Herstellungsland verboten sind oder ausführliche Warnungen vor Nebenwirkungen tragen müssen, werden in der Dritten Welt heftig beworben und rezeptfrei verkauft. Produkte, die ohne gesetzliche Kontrolle in der Dritten Welt verkauft werden, sind aus ihrem Herstellungsland oft mit stillschweigender Zustimmung der heimischen Regierung exportiert worden. Das Intrauterinpressar "Dalcon Shield" wurde in den USA 1974 nach dem Tod von 17 Frauen verboten. Die Vorräte wurden von der staatlichen US-Entwicklungshilfe AID billig aufgekauft und in Paraguay, Tunesien und anderen Dritt-Welt Ländern im Rahmen von Geburtenkontrollprogrammen verteilt.

(Fortsetzung S.2)

2. Aktionswoche

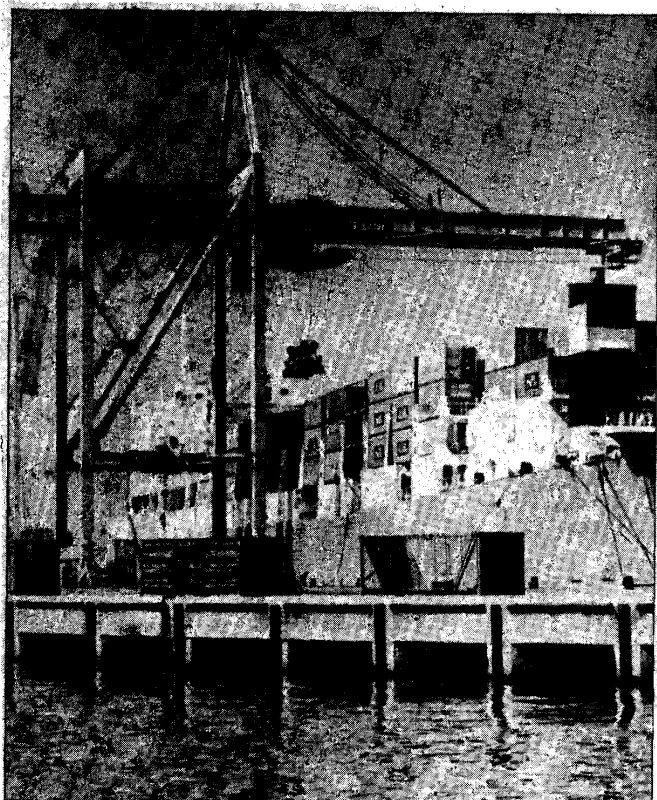
"STOP FÜR GEFÄHRLICHE PHARMAEXPORTE !"

2.-12. Mai 84

(Fortsetzung von S.1)

Die finanziellen Interessen, die hinter diesem Handel mit giftigen Produkten stehen, sind stark. Von 1970 bis 1978 nahm der Welthandel mit Chemiekalien von 22 Milliarden auf 96 Milliarden US\$ zu. Die Chemieexporte aus Industrieländern in die Dritte Welt nahmen im selben Zeitraum um 480% zu.

Die Kontrolle von multinationalen Konzernen und nationalen Regierungen ist nicht einfach. Konzerne können ausweichen: wenn eine Fabrik strenger kontrolliert wird, werden die Aktivitäten eben zu einer Tochterfirma einige Tausend Kilometer weit weg verlagert. Wenn ein Land wie Brasilien, im Herstellungsland verbotene Produkte nicht akzeptieren will, werden sie eben über ein drittes Land, in dem sie nicht verboten sind, geleitet. Auch wenn die Produkte so gewaschen werden, sind es in Brasilien immer noch die gleichen.



Diese Container vereinfachen Exporte in die Dritte Welt. Leider werden in ihnen auch Produkte exportiert, die im Herstellungsland verboten sind. (Foto: Dexter Tiranti; IOCU Consumer Interpol Press Kit 1983)

Diese internationale Verflechtung der Konzerne macht die Resolution der Vereinten Nationen (UN) so wichtig, denn sie setzt Maßstäbe für eine international gültige Gesetzgebung zur Kontrolle gefährlicher Chemie- und Pharmaprodukte.

Die BRD ist durch diese Resolution als größter Exporteur von Medikamenten in die Dritte Welt und bedeutender Pestizidhersteller besonders gefordert. Gegenwärtig existiert nämlich praktisch keine Exportkontrolle für diese Produkte.

Die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen macht deutlich, daß die konservative Regierung auf freiwillige Verhaltensregeln der Industrie bauen will, statt die UN-Resolution in nationale Gesetzgebung umzusetzen. Auch die Information zur Erstellung der UN-Liste gefährlicher Produkte wird nur halbherzig abgegeben. Zwar hat die Bundesregierung "den Vereinten Nationen eine Liste der durch rechtliche Regelung verbotenen Stoffe übermittelt", aber Informationen über stark beschränkte Stoffe wurden nicht weitergegeben, angeblich weil keine "genauere" Definition des Begriffs vorläge. Diese Reaktion der Bundesregierung muß verwundern, haben die Vereinten Nationen doch die Kriterien zur Erstellung der Liste auf 37 Seiten erläutert, zahlreiche Beispiele gegeben und einen detaillierten Fragebogen vorgelegt.

Ein weiteres Problem im Pharmabereich sind die sogenannten "zurückgezogenen Medikamente". Die meisten gefährlichen Medikamente, die in der BRD nicht mehr auf dem Markt sind, wurden nicht vom Bundesgesundheitsamt verboten, sondern vom Hersteller rechtzeitig vorher freiwillig zurückgezogen. Solche Maßnahmen der Industrie dienen natürlich in erster Linie der Imagepflege bei uns, haben aber auch eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für den Export: von solchen Medikamenten kann man sagen, sie seien im Herstellungsland nicht verboten.

Es wird in Zukunft also darauf ankommen, die Bundesregierung zu einer ernsthaften Umsetzung der UN-Resolution 37/137 zu drängen.

(Der vollständige Text der UN-Resolution sowie die Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Grünen ist bei der Geschäftsstelle auf Anfrage erhältlich.)

nach: Alison Greenwood (IOCU), The UN throws down the gauntlet (Consumer Interpol Press Kit, Sept. 83) und eigenen Recherchen (J.S.)

DER FREIE MARKT SICHERT NICHT DAS MENSCHENRECHT AUF GESUNDHEIT

Die Kritiker der Pharma Industrie sind inzwischen zahlreicher geworden. Vor allem die Pharma-Kampagne des Bundeskongresses Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) zeigt immer wieder Mißstände auf dem Pharmamarkt der Dritten Welt auf, so daß sich nun auch die Unternehmer, zuletzt über die Medizinisch Pharmazeutische Studiengesellschaft (MPS; Mitglieder sind u.a. Bayer AG, Hoechst AG, Schering AG) genötigt sehen, den Kritiken entgegenzuwirken. Anfang November wurden Journalisten und Redakteure der Kirchenpresse zum Thema "Probleme der Arzneimittelversorgung in der Dritten Welt" zu einer Informationsveranstaltung nach Wuppertal geladen.

(Fortsetzung S.3)

(Fortsetzung von S.2)

Im einleitenden Referat führte Rolf Korte, Leiter der Abteilung Gesundheit, Ernährung und Bevölkerungsentwicklung der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) aus, welchen Nutzen medizinische Programme in der Dritten Welt haben. Unter der Überschrift "Entwicklungspolitik und Gesundheit" wies Korte auf die "Kosten-Nutzen-Relation des Tuberkuloseprogramms in Korea" hin. Ein konsequent durchgeführtes Kontrollprogramm zeige, daß "jeder investierte Dollar einen Gewinn von 150 Dollar" erbringe, und zwar durch "Verlängerung der Einsatzfähigkeit von Arbeitern und verminderte Anzahl von Krankheitsepisoden". Entsprechende Ergebnisse lägen auch für Malariaprogramme auf den Philippinen und in Südafrika sowie für die Frambösie auf Haiti vor. Bekämpfung von Krankheiten also, um die "Arbeitsproduktivität" zu steigern. Medikamente würden dabei "auch in Zukunft in den einfachsten Gesundheitssystemen von besonderer Wichtigkeit" sein.

Rolf Burchhardt von der Wissenschaftlichen Zentralstelle der Bayer AG ging bei seinem Thema "Beziehungen zwischen der Pharmaindustrie und der Dritten Welt - Wirtschafts- und sozialpolitische Aspekte" auf die Liste der unentbehrlichen Arzneimittel der WHO ein, die mittlerweile einige Länder der Dritten Welt ernst nehmen. "Wenn man

sich vor Augen hält, daß die Dritte Welt nicht nur aus Urwald, Sumpf und Steppe, sondern auch aus Bangkok, Djakarta, Bombay, Rio und Lima besteht, wird klar, daß zur Deckung des gesamten Bedarfs an Gesundheitsleistungen ein wesentlich breiteres gefächertes Angebot erforderlich ist." Und dieses Angebot müsse über den privaten Sektor zur Verfügung gestellt werden, "der diesen Bedarf nach den bisherigen Erfahrungen mit Sicherheit effizienter befriedigen" könne. Deshalb solle dieser "Bereich im Interesse einer schnellen und guten Versorgung auch für Arzneimittel frei von administrativen und sonstigen Beschränkungen sein". Genau damit hatte Burchhardt den wunden Punkt getroffen. Das Vertrauen auf die Kräfte des freien Marktes als Regulator auf dem Pharmamarkt ist schon längst dahin, denn die Arzneimittelliste der WHO ist Kritik an der Marktpraxis der Pharmaindustrie. Sie bricht radikal mit den Marktmechanismen: Nicht mehr die Multis sollen entscheiden, welche Medikamente auf den Markt kommen, sondern nationale Arzneimittelbehörden und Fachleute. Sie sollen nach den Kriterien der Wirksamkeit, des kontrollierten Risikos und der nationalen Gesundheitsbedürfnisse den Umfang des Marktes und die Zulassung der einzelnen Medikamente bestimmen.

Siegfried Pater
(gekürzte Fassung eines Artikels in epd-Entwicklungspolitik 23/83)

ANGRIFFE AUF PHARMA-KONZERNE DURCH KRITIKER ERREICHEN KRITISCHES STADIUM

Diese Titelzeile haben keineswegs wir uns ausgedacht, sondern die große US-Unternehmerzeitschrift "Business International" (18.11.83). Anlaß zur Unruhe ist das Buch "Prescription for Change", das unser internationales Netzwerk HAI gemeinsam mit dem internationalen Verbraucherverband herausgegeben hat. Dies Buch mit dem schwer übersetzbaren Titel (etwa "Rezepte zur Veränderung") ist ein Aktionsleitfaden für Gruppen in der Ersten und der Dritten Welt, die sich mit Praktiken von Pharmakonzernen auseinandersetzen und Veränderungen erreichen wollen.

In dem Buch werden zahlreiche Vorschläge gemacht, wie man mit relativ geringem Aufwand selbst Nachforschungen anstellen kann und wie die Ergebnisse für die Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden können. Grundlinien der Argumentation für eine rationale Gesundheitspolitik werden leicht verständlich vorgezeichnet und ausführlich begründet. Daneben gibt es Hinweise, wie Gespräche mit Behörden, Politikern und Unternehmen effektiv geführt werden können.

Diese Rezepte zur Veränderung werden von Business International offenbar für bedrohlich gehalten: "Der Internationale Verbraucherverband (IOCU) hat ein neues Kapitel in seiner langen Polemik gegen Pharmakonzerne eröffnet - eines, das sich wohl als höchst effektiv erweisen wird und als Vor-

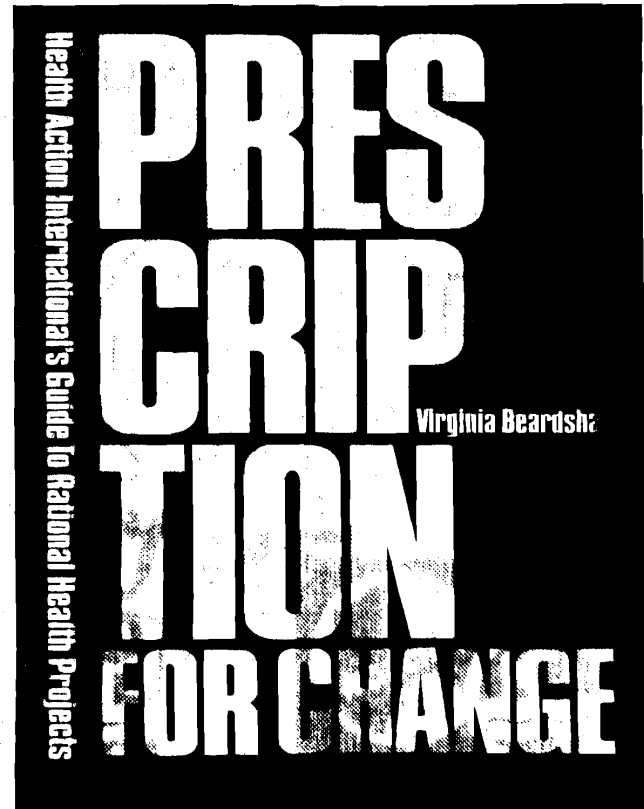


bild für andere Gruppen, die gegen Multis arbeiten, dienen könnte. Weil die Gesundheitsausgaben überall in der Welt einen wachsenden Teil des Einkommens der Verbraucher ausmachen, schmiedet IOCU einen Bund zwischen den Verbrauchern in Ent-

(Fortsetzung S.4)

(Fortsetzung von S.3)

wicklungsländern, ihren Regierungen und Fürsprechern der kostensparenden Freinamen-Medikamentenpolitik in der 'Reichen Welt' Instrument für die Kampagne ist das Handbuch 'Prescription for Change', das Manager genau lesen sollten, denn es ist sehr wahrscheinlich ein trend-setter für die Entwicklung neuer Taktiken von Kritikergruppen."

Wenn schon ein Unternehmersprachrohr in diesem Buch Anleitungen für eine effektive Kritik an Pharmamultis sieht, lohnt es sich wohl auch für uns, in das Buch hineinzuschauen. Vor allem Gruppen, die über die vorhandenen Materialien der Pharma-Kampagne hinaus selbst etwas für die Öffentlichkeitsarbeit entwickeln wollen, sollten ihre Englischkenntnisse aktivieren.

(Prescription for Change gibt es bei der Geschäftsstelle der Pharma-Kampagne; 85 Seiten, englisch, zahlreiche Illustrationen und Beispiele, 20,- DM.) J.S.

"DEUTSCHE INTERESSEN" IN BRASILIEN

Im Bemühen, Tendenzen und Absichten entgegenzuwirken, die die guten deutsch-brasilianischen Beziehungen beeinträchtigen könnten, tritt die deutsch-brasilianische Handelskammer an Sie heran, um ihre heftigste Ablehnung der Gesetzesvorlage auszudrücken, die ein 'Nationales Programm der chemisch-pharmazeutischen Industrie' vorsieht... Dieses Gesetzesvorhaben scheint uns in verschiedener Hinsicht nicht verfassungsgemäß und höchst diskriminierend gegenüber der seit Jahrzehnten im Land tätigen ausländischen chemischen und pharmazeutischen Industrie. Wenn das Programm in seiner gegenwärtigen Konzeption eingeführt wird, wird es zweifelsohne ein permanentes Hindernis für die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen darstellen, insbesondere derjenigen zur Bundesrepublik Deutschland. Davon abgesehen, daß ein Klima großen Mißtrauens und der Unsicherheit für neue Investitionen geschaffen wird, werden die verschiedenen Bestimmungen des Programms schlicht und einfach zur allmählichen Enteignung der umfangreichen Investitionen führen, die von ausländischen Unternehmen in diesem Sektor getätigt worden sind.

(Aus einem Telex der Deutsch-Brasilianischen Handelskammer an die brasilianische Regierung vom 27. Mai 1983)

Ähnliche Fernschreiben wurden auch von der US-amerikanischen und englischen Handelskammer sowie dem Interessenverband ABIFARM, Vereinigung der multinationalen Pharma-Konzerne mit Filialen in Brasilien, an die brasilianische Regierung gerichtet.

Die Deutsch-Brasilianische Handelskammer, "die hier vor allem die Position der ihr angeschlossenen Unternehmen dieses Sektors vertritt" (Telextext), wendet sich gegen einen seit Ende 1982 der brasilianischen Re-

ASEAN-NETZWERK VON HEALTH ACTION INTERNATIONAL GEGRÜNDET

Während eines Workshops über 'Arzneimittel und Gesundheitspolitik' in Penang/Malaysia vom 22. bis 25.11.83 beschlossen die Teilnehmer die Gründung eines 'ASEAN network of Health Action International (HAI)'. Erste Aufgabe dieses Netzwerkes wird die Einrichtung eines 'unabhängigen Informationszentrums über Arzneimittel' sein.

Vertreter von 31 Gruppen aus 14 Ländern einigten sich bei dem von IOCU und QIAP veranstalteten Seminar auf ein 10 Punkte-Aktionsprogramm für eine vernünftigeren Herstellung, Bewerbung und Verteilung von Arzneimitteln in den Ländern des ASEAN und Südasien.

Die 'Penang-Deklaration für vernünftige Gesundheitspolitik' fordert u.a.:

- die Übernahme der Liste der unentbehrlichen Arzneimittel für den staatlichen und privaten Markt;
- Gesetze, die den Verkauf gefährlicher, unnützer und minderwertiger Medikamente verhindern;
- Unterstützung des Gebrauchs und der lokalen Produktion traditioneller Medizin;
- Anwendung des von HAI vorgeschlagenen, verbindlichen Verhaltenskodex als Basis für Aktionen;
- die Durchsetzung generischer Bezeichnungen auf allen Produktinformationen und Packungen.

R.K.

* * * *

gierung vorliegenden Plan zur Entwicklung der nationalen Pharmaindustrie. Ziel ist eine Verringerung der Auslandsabhängigkeit durch Herstellung von Rohstoffen und Medikamenten im eigenen Land, die bisher importiert werden mußten. Von einer Enteignungsabsicht der brasilianischen Regierung kann im übrigen keine Rede sein. Es geht nur um den Aufbau einer nationalen Industrie in Konkurrenz zu den Multis.

Teilnehmer einer Fachtagung des DED in Brasilien-Mitte Anfang Oktober - darunter 24 Entwicklungshelfer - protestierten in einer gemeinsamen Erklärung gegen das Vorgehen der Handelskammer und der Pharmakonzerne, "die mit allen Mitteln versuchen, ihre Interessen - und das heißt, Geschäfte mit der Krankheit - weltweit durchzusetzen." Weiter heißt es: "Wir deutschen Entwicklungshelfer, die wir im Sozial- und Gesundheitsbereich in Brasilien arbeiten, können angesichts des massiven Eingriffs der Deutsch-Brasilianischen Handelskammer und der Pharmakonzerne in die Souveränität des Landes, in dem wir leben, nicht schweigen. Für uns und unsere brasilianischen Partnerorganisationen - ob staatlich oder kirchlich - werden die 'guten Beziehungen zwischen Brasilien und der Bundesrepublik Deutschland' durch das erwähnte Programm nicht beeinträchtigt, wohl aber durch das ... Vorgehen der Handelskammer und der Pharmakonzerne." R.K.